

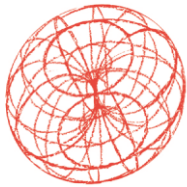
Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz  
Réseau suisse des **droits de l'enfant**  
Rete svizzera **diritti del bambino**  
**Child Rights** Network Switzerland

## Kinderrechte im Parlament – Rückschau Herbstsession 2014

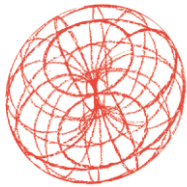
Der **Nationalrat** hat sich in dieser Session mit verschiedenen Geschäften befasst, die die Kinderrechte betreffen. Er hat das Postulat der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-NR) „[Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Schweiz](#)“ überwiesen. Damit wird der Bundesrat beauftragt, zusammen mit den Kantonen zu prüfen, ob das Recht auf Anhörung nach Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention in der Schweiz insbesondere in rechtlichen und administrativen Verfahren eingehalten wird. Ein Bericht soll dabei eine exakte Bilanz über die Umsetzung der KRK in der Schweiz aufzeigen und Empfehlungen für die Zukunft abgeben (vgl. dazu auch den Webbeitrag „[Anhörung und Partizipation von Kindern: Nationalrat befürwortet Bilanz](#)“). Familienpolitisch von Bedeutung ist der Entscheid der Räte, die [Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#) für weitere vier Jahre zu verlängern, wie dies die parlamentarische Initiative Quadranti gefordert hat. Weiter hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, dass das schweizerische Strafgesetzbuch dahingehend angepasst werden soll, dass bereits das [Anbahnen sexueller Kontakte \(Grooming\) mit Minderjährigen einen Strafbestand darstellt](#). Die Rechtskommission des Ständerats wird sich nun als nächstes mit der Vorlage befassen. Schliesslich einigen sich die Räte in dieser Session auch betreffend der [Schaffung wichtiger Informationsrechte für Opfer von Straftaten](#). Der Vorstoss verlangt, dass Opfer von Straftaten von den Behörden auch über den Strafvollzug des Täters und wesentliche Haftentscheide informiert werden. Nach Differenzen haben sich die Räte schliesslich darauf geeinigt, dass Informationen nur dann verweigert werden können, wenn berechnigte Interessen des Verurteilten überwiegen.

Im **Ständerat** sind aus kinderrechtlicher Sicht die folgenden Geschäfte hervorzuheben: Das Parlament überweist die parlamentarische Initiative Aubert und will damit [aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten](#), um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Konsumkreditgesetzes zugestimmt. Dabei sprach er sich für strengere Regeln aus als der Nationalrat. Das Parlament setzt zuerst auf die Selbstregulierung und überlässt es der Branche zu definieren, was als aggressive Werbung für Kleinkredite gilt. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, wann der Bundesrat eingreifen und festlegen soll, was genau unter das Verbot fällt. Weiter berät der Ständerat in dieser Session auch die Differenzen zum Nationalrat bei der [Stipendieninitiative und der Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes](#). Auch hier bleiben Differenzen zwischen den Räten bestehen: Der Ständerat hat erneut abgelehnt, dass ein Minimalbeitrag für ein Stipendium vorgesehen werden soll. Der Nationalrat hingegen will die im Stipendienkonkordat vorgesehenen Mindestansätze vorschreiben.

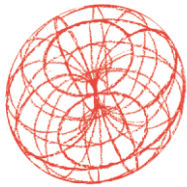
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



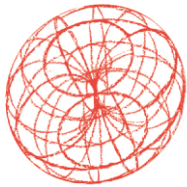
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.09.2014	<p><b><u>14.3662</u> (Motion RK-NR): Verfassungsmässige Grundlage für eine Mankoteilung zwischen den Elternteilen im Unterhaltsrecht.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, eine verfassungsmässige Grundlage vorzulegen, welche es dem Bundesgesetzgeber erlaubt, über die Mankoteilung zu legislieren. Der Nationalrat behandelt die Motion als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat stimmt der Motion zu und überweist sie an den Ständerat.</li></ul> <p><b><u>14.3382</u> (Postulat WBK-NR): Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Schweiz.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu prüfen, ob das Recht auf Anhörung nach Artikel 12 der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes (KRK) in der Schweiz insbesondere in rechtlichen und administrativen Verfahren eingehalten wird und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Er erstellt einen Bericht, der eine exakte Bilanz über die Umsetzung der KRK in unserem Land aufzeigt und leitet daraus Empfehlungen für die Zukunft ab. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat überweist das Postulat dem Bundesrat (vgl. Webbeitrag „<a href="#">Anhörung und Partizipation von Kindern: Nationalrat befürwortet Bilanz</a>“).</li></ul> <p><b><u>13.442</u> (Parlamentarische Initiative RK-NR): Grooming mit Minderjährigen.</b></p> <p>Der Vorstoss verlangt, dass das Schweizerische Strafgesetzbuch so angepasst bzw. ergänzt wird, dass "Grooming" (Anbahnen sexueller Kontakte) mit Minderjährigen einen Strafbestand darstellt.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat gibt der Initiative der Rechtskommission folge, die Vorlage geht nun in die Rechtskommission des Ständerats.</li></ul>	<p><b><u>13.051</u> (Geschäft des Bundesrats): Präimplantationsdiagnostik. Änderung der Bundesverfassung und des Fortpflanzungsmedizingesetzes.</b></p> <p>Der Ständerat berät in dieser Session die Differenzen zum Nationalrat. Im Gegensatz zum Ständerat sprach sich der Nationalrat dafür aus, dass im Reagenzglas gezeugte Embryonen vor der Einpflanzung in den Mutterleib in jedem Fall auf numerische Chromosomenstörungen untersucht werden dürfen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat folgt dem Nationalrat und spricht sich ebenfalls dafür aus, dass im Reagenzglas gezeugte Embryonen vor der Einpflanzung in den Mutterleib in jedem Fall auf numerische Chromosomenstörungen untersucht werden dürfen. Nicht einig sind sich die beiden Räte jedoch in der Anzahl Embryos, die ausserhalb des Mutterleibs gezeugt werden dürfen. Der Ständerat hat sich für eine Obergrenze von zwölf ausgesprochen, der Nationalrat will keine Obergrenze festlegen.</li></ul>



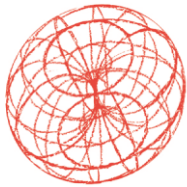
Datum	Nationalrat	Ständerat
09.09.2014	<p><b><a href="#">13.3218</a> (Postulat Carobbio Guscetti): Konsequenzen aus der Abstimmung über den Verfassungsartikel zur Familienförderung.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, wie der am 3. Mai 2013 geäusserte Volkswillen für eine stärkere Familienpolitik durch Bund und Kantone umgesetzt werden kann (in der Abstimmung hatte eine Mehrheit der Stimmberechtigten der Vorlage zugestimmt, sie scheiterte jedoch am Ständemehr). Dabei soll im Dialog mit Kantonen, Städten und Gemeinden geprüft werden, ob allenfalls analog zur Agrarpolitik ein Bundesgesetz für Familien die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stärkung der Familien ermöglichen könnte. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats, ist aber gewillt einen Bericht zu erarbeiten, wie unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Familienpolitik weiterentwickelt werden kann. Dies wird auch vom überwiesenen Postulat Tornare (<a href="#">13.3135</a>) verlangt.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat lehnt die Vorlage aus denselben Gründen ab, die der Bundesrat bereits genannt hat.</li></ul> <p><b><a href="#">13.3261</a> (Postulat Heim): Schutz für alle von häuslicher Gewalt Bedrohten und Betroffenen.</b></p> <p>Das Postulat verlangt vom Bundesrat Auskunft zur Entwicklung der häuslichen Gewalt und die Prüfung, welche rechtlichen Grundlagen es ermöglichen würden, die Schaffung von Plätzen für Opfer häuslicher Gewalt zu unterstützen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Das Postulat wird zurückgezogen</li></ul>	-



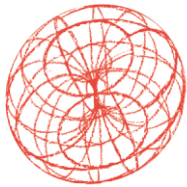
Datum	Nationalrat	Ständerat
10.09.2014	<p><b>13.451 (Parlamentarische Initiative Quadranti): Weiterführung und Weiterentwicklung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.</b></p> <p>Der Nationalrat berät den Kommissionsvorschlag zur Weiterführung und Weiterentwicklung der Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung („Anstossfinanzierung“), die ansonsten Ende Januar 2015 auslaufen. Die Kommission schlägt dem Parlament zwei Entwürfe vor, die in dieser Session beraten werden. Der Ständerat berät die Vorlage eine Woche später.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat folgt dem Kommissionsvorschlag und hält an der Weiterführung der Finanzhilfen um weitere vier Jahre fest. Am 16.09. folg der Ständerat dem Nationalrat.</li></ul>	-
11.09.2014	-	<p><b>09.430 (Parlamentarische Initiative Leutenegger Oberholzer): Opferhilfegesetz. Schaffung wichtiger Informationsrechte des Opfers.</b></p> <p>Der Vorstoss verlangt, dass Opfer von Straftaten von der Behörde auch über den Strafvollzug des Täters und wesentliche Haftentscheide informiert werden.</p> <p>Der Nationalrat hat den Vorstoss gemäss Entwurf der nationalrätlichen Kommission bereits überwiesen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat hat den entsprechenden Vorschlägen des Nationalrats zugestimmt. Nach einer erneuten Debatte in beiden Räten habe sie sich schliesslich darauf geeinigt, dass Informationen nur dann verweigert werden können, wenn berechnigte Interessen des Verurteilten überwiegen.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
		<p><b><u>10.467</u> (Parlamentarische Initiative Aubert): Schuldenprävention. Keine Werbung für Kleinkredite.</b></p> <p>Der Vorstoss verlangt ein Verbot für Kleinkredite mit der Begründung, dass gerade diese für die Überschuldung von Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren mitverantwortlich sind.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Das Parlament will aggressive Werbung für Kleinkredite verbieten, um insbesondere Jugendliche vor Überschuldung zu schützen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat der Änderung des Konsumkreditgesetzes zugestimmt, spricht sich aber für strengere Regeln aus als der Nationalrat. Das Parlament setzt zuerst auf die Selbstregulierung und überlässt es der Branche zu definieren, was als aggressive Werbung für Kleinkredite gilt. Noch uneinig sind sich National- und Ständerat in der Frage, ab wann der Bundesrat eingreifen und festlegen soll, was genau unter das Verbot fällt.</li></ul> <p>Und <b><u>11.317</u> (Standesinitiative BL): Verbesserung des Schutzes von jungen Erwachsenen im Rahmen des Konsumkreditgesetzes.</b></p> <p>Der Bund wird zur Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für den verbesserten Schutz junger Erwachsener in Ausbildung im Rahmen des Bundesgesetzes über den Konsumkredit aufgefordert. Im Besonderen müssen die Anforderungen, welche junge Erwachsene in Ausbildung zur Erlangung eines Konsumkredites bzw. zum Abschluss eines Abzahlungsvertrages erfüllen müssen, deutlich erhöht werden (vgl. auch Vorstoss <u>10.467</u>).</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat gibt der Initiative keine Folge, da wichtige Eckwerte der Forderung durch die Überweisung der parlamentarischen Initiative Aubert <u>10.467</u> erfüllt werden.</li></ul>

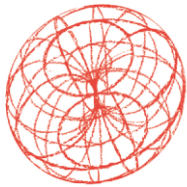


Datum	Nationalrat	Ständerat
15.09.2014	-	<p><b><u>13.058</u> (Geschäft des Bundesrats): Stipendieninitiative und Totalrevision des Ausbildungsbeitragsgesetzes.</b> Der Ständerat berät in dieser Session Differenzen zu Beschlüssen des Nationalrates.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Räte sind sich bei der Revision des Ausbildungsbeitragsgesetzes nicht einig, ob auch ein Minimalbetrag für ein Stipendium festgelegt werden soll. Der Ständerat hat dies erneut abgelehnt. Der Nationalrat hingegen will die im Stipendienkonkordat vorgesehenen Mindestansätze vorschreiben.</li></ul> <p><b><u>13.084</u> (Geschäft des Bundesrates): Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen.</b> Die Initiative der CVP verlangt, dass Kinder- und Ausbildungszulagen nicht besteuert werden. Sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat empfehlen die Ablehnung der Initiative. Der Nationalrat hat bereits ein Postulat aus der nationalrätlichen Kommission überwiesen (<a href="#">14.3292</a>), das den Bundesrat damit beauftragt aufzuzeigen, wie Familien finanziell zielgerichtet entlastet und gefördert werden können.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Das Parlament empfiehlt die CVP-Initiative zur Ablehnung. Nach dem Nationalrat hat sich auch der Ständerat mit 27 zu 14 Stimmen gegen das Volksbegehren ausgesprochen.</li></ul>



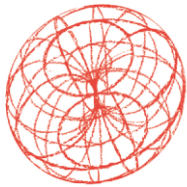
Datum	Nationalrat	Ständerat
16.09.2014	<p><b><u>03.445</u> (Parlamentarische Initiative Lustenberger): Öffentliches Beschaffungswesen. Ausbildung von Lehrlingen als Kriterium.</b></p> <p>Der Vorstoss verlangt vom Bundesrat Anpassungen des Gesetzes, damit bei öffentlichen Aufträgen die Ausbildung von Lehrlingen durch eine Anbieterin positiv gewichtet wird. Der Nationalrat berät die Differenzen aus dem Ständerat in dieser Session.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat folgt dem Beschluss des Ständerats und überweist die Vorlage.</li></ul>	<p><b><u>13.451</u> (Parlamentarische Initiative Quadranti): Weiterführung und Weiterentwicklung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.</b></p> <p>Nach dem Nationalrat (10.9.14) berät der Ständerat den Kommissionsvorschlag zur Weiterführung und Weiterentwicklung der Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung („Anstossfinanzierung“), die ansonsten Ende Januar 2015 auslaufen. Die Kommission schlägt dem Parlament zwei Entwürfe vor, die in dieser Session beraten werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat folgt dem Nationalrat und das Parlament beschliesst somit mit grosser Mehrheit die Weiterführung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung für weitere vier Jahr mit einer Summe von 120 Millionen Franken.</li></ul> <p><b><u>14.3438</u> (Motion Bruderer Wyss): Keine vorgeburtliche Geschlechterselektion durch die Hintertüre!</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, die bestehenden Anforderungen an frühe pränatale Untersuchungen so zu präzisieren, dass deren Missbrauchsrisiko zur geschlechtsspezifischen Selektion weitest möglich reduziert wird. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat überweist die Motion an den Nationalrat</li></ul> <p><b><u>14.3126</u> (Motion Schneider-Schneiter): Babysitting und Hausdienstarbeit. Befreiung von AHV-Beiträgen.</b></p> <p>Der Bundesrat wird aufgefordert, Artikel 34 Absatz 2 AHVV dahingehend zu ändern, dass geringfügige Löhne von Babysittern und Hausdienstangestellten von der AHV-Beitragspflicht befreit werde. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Nach dem Nationalrat nimmt auch der Ständerat die Motion an und überweist sie an den Bundesrat.</li></ul>



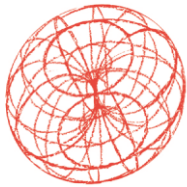


Datum	Nationalrat	Ständerat
17.09.2014	<p><b>12.3706 (Postulat Jositsch): Gerechte Spielregeln beim Abschluss von Lehrverträgen.</b> Das Postulat verlangt vom Bundesrat, Massnahmen zu prüfen, die gewährleisten können, dass Lehrverträge frühestens ein halbes Jahr vor Beginn der beruflichen Grundbildung abgeschlossen werden dürfen, damit kein Wettbewerb stattfindet, möglichst früh Lehrverträge abzuschliessen. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage. ➤ Der Nationalrat lehnt das Postulat ab.</p> <p><b>12.3808 (Postulat Derder): Finanzierung der Schweizer Hochschulen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Bericht zur Finanzierung der Schweizer Hochschulen vorzulegen. Die Regierung wird insbesondere gebeten, darin zu erläutern, wie sich die Beteiligung der Studierenden an den Ausbildungskosten und die Beteiligung von Privatunternehmen an der Forschung entwickeln werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats. ➤ Nationalrat Derder zieht das Postulat zurück.</p> <p><b>09.430 (Parlamentarische Initiative Leutenegger Oberholzer): Opferhilfegesetz. Schaffung wichtiger Informationsrechte des Opfers.</b> Der Vorstoss verlangt, dass Opfer von Straftaten von der Behörde auch über den Strafvollzug des Täters und wesentliche Haftentscheide informiert werden. ➤ Opfer sollen künftig detailliert Auskunft erhalten über den Strafvollzug. In einer ersten Beratungsrunde sind sich die Räte noch nicht einig, unter welchen Bedingungen diese neuen Informationsrechte eingeschränkt werden können. Nach einer erneuten Debatte in beiden Räten habe sie sich schliesslich darauf geeinigt, dass Informationen nur dann verweigert werden können, wenn berechnete Interessen des Verurteilten überwiegen.</p>	-





Datum	Nationalrat	Ständerat
22.09.2014	<p><b><u>13.4271</u> (Motion Lohr): Mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zugunsten des Breitensports schaffen.</b> Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne der Breitensportförderung Pläne nicht nur für ein, sondern für mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu erarbeiten. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Vorlage wurde in dieser Session nicht behandelt.</li></ul>	-
23.09.2014	-	<p><b><u>14.3475</u> (Interpellation Maury Pasquier): Stärkung oder Schwächung des Mutterschutzes</b> Die Interpellation stellt Fragen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor gefährlicher Strahlung am Arbeitsplatz. Die Antwort des Bundesrates wird in dieser Session im Plenum diskutiert.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden.</li></ul> <p><b><u>11.301</u> (Standesinitiative LU): Gewaltspiele und -sportarten und Jugendschutz.</b> Die Standesinitiative fordert den Bundesrat auf, ein Verbot von Kampfveranstaltungen „Ultimate Fighting“ sowie von gewissen Gewaltspielen in der Schweiz zu erlassen. Der Nationalrat überwiegt die Forderung, nun wird sie im Ständerat beraten.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat gibt der Initiative keine Folge, die Vorlage geht zurück an den Nationalrat. Begründet wird der Entschluss damit, dass seit der Einreichung der Initiative bereits einiges unternommen worden sei und zwei Teilberichte des Bundes, die im Rahmen des nationalen Programms „Jugend und Medien“ erstellt werden, abgewartet werden wollen.</li></ul> <p><b><u>09.301</u> (Standesinitiative ZH): Harmonisierung der Alimenterbevorschussung und des Alimenterinkassos.</b> Der Bund wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage zur Harmonisierung der Alimenterbevorschussung und des Alimenterinkassos zu schaffen.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat beschliesst eine Fristverlängerung bis zur Herbstsession 2016.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
24.09.2014	<p><b><u>12.4068</u> (Motion Regazzi): Melde- und Zeugnispflicht bei Kindsmisbrauch.</b></p> <p>Die Motion verlangt eine Änderung der Strafprozessordnung dahingehend, dass Melde- und Zeugnispflichten angepasst werden, sobald es um den Missbrauch von Kindern geht. So sollen bei Missbrauch von Kindern Dritter auch Verwandte der beschuldigten Person der Zeugnispflicht unterstehen. Zudem soll die Meldepflicht bei pädophilen Straftaten und Gewalt an Kindern nicht nur für die von den Kantonen festgelegten Behörden gelten, sondern für alle. Die Nichteinhaltung dieser Meldepflicht ist zudem unter Strafe zu stellen.</p> <p>Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Motionär hat die Vorlage zurückgezogen.</li></ul> <p><b><u>12.046</u> (Geschäft des Bundesrats): StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts.</b></p> <p>Der am 1. Januar 2007 in Kraft getretene Allgemeine Teil des Strafgesetzbuches (AT StGB) hat Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten durch Geldstrafen und gemeinnützige Arbeit ersetzt. Die Revision des AT StGB sieht nun unter anderem die Abschaffung dieser bedingten Geldstrafen vor und will das Electronic Monitoring definitiv als Vollzugsform einführen. Der Nationalrat berät die Differenzen zum Ständerat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat hat weitgehend an seinen früheren Entscheidungen festgehalten. Differenzen zum Ständerat bestehen insbesondere darin, dass er wieder kurze Freiheitsstrafen zulassen will, gleichzeitig aber weiterhin die Aussprache bedingter Geldstrafen zulassen will. Einig sind sich die Räte darin, dass bei mittelschweren Delikten vermehrt wieder auf Freiheitsstrafe statt Geldstrafen gesetzt werden soll. Die Vorlage geht zurück an den Ständerat.</li></ul>	